

10. Kritik und radikale Demokratie

Kritik ist ein zentraler Begriff der radikalen Demokratietheorie, weil Kritik eine wesentliche Dimension von Demokratie ausmacht. So ließe sich – in einer ersten und sehr knappen Formulierung – das Verhältnis von Kritik und radikaler Demokratietheorie umreißen. In der Tat ist diese Aussage durchaus zutreffend. Allerdings wirft sie eine Reihe Folgefragen auf und ist daher erläuterungsbedürftig: Wenn nämlich Kritik eine zentrale Dimension von Demokratie ist, warum ist es dann eine Besonderheit der radikalen Demokratietheorie, eine intensive Beziehung zur Kritik zu unterhalten? Von welcher Kritik ist hier überhaupt die Rede? Was also ist Kritik und vor allem, was macht die Kritik aus, auf die radikale Demokratietheorien verweisen? Gibt es hier eine besondere Form von Kritik? Und schließlich: Teilen die verschiedenen Ansätze radikaler Demokratietheorie ein bestimmtes Verständnis von Kritik?

Radikaldemokratische Ansätze weisen zunächst den gemeinsamen Zug auf, die kritische Dimension von Demokratie sehr deutlich zu akzentuieren. So ist es zwar richtig, dass Demokratie und Kritik generell in einem besonders intimen Verhältnis zueinander stehen. Schließlich lässt sich die ganze Idee der demokratischen Selbstregierung geradezu als Institutionalisierung von Kritik verstehen: Dass Bürger*innen auf unterschiedlichen Wegen der Partizipation gestaltenden Einfluss auf ihr Gemeinwesen und die Entscheidungen, die in ihm getroffen werden, nehmen, lässt sich als Möglichkeit demokratischer Kritik beschreiben, die für Demokratie lebenswichtig ist. Verschwände die Möglichkeit einer solchen, auf Umgestaltung zielenden Kritik, wäre es um die Idee der demokratischen Selbstregierung von vornherein geschehen. Denn sich selbst zu regieren, muss immer auch bedeuten können, die soziale und politische Welt anders einrichten zu können. Was die Beziehung von Kritik und radikaler Demokratietheorie zu einer besonders engen macht, ist also nicht der prinzipielle Zusammenhang zwischen Demo-

kratie und Kritik, sondern der Umstand, dass sowohl diese Beziehung als auch die beiden durch sie verknüpften Konzepte der Demokratie und der Kritik auf eine bestimmte Weise verstanden werden. Radikale Demokratietheorien stellen die Bedeutung von Kritik deutlicher heraus als es in anderen politik- und sozialwissenschaftlichen oder auch philosophischen Auseinandersetzungen mit Demokratie der Fall ist. Vor allem aber verstehen sie Kritik auf eine besondere Weise, indem sie sie zu einer befragenden, postessentialistischen Kritik machen – und sie verknüpfen dieses Verständnis von Kritik intern so mit Demokratie, dass diese erstens selbst als eine grundlose Unternehmung erscheint und die Reichweite demokratischer Kritik zweitens besonders breit angelegt ist. Beide Dimensionen – die der postessentialistischen Kritik und die der demokratischen Infragestellung normativer und institutioneller Ordnungen mithilfe dieser Kritik – kennzeichnen eine ganze Reihe radikaldemokratischer Ansätze und unterscheiden sie sowohl von Demokratietheorien wie sie die empirische Politikwissenschaft in Form von Modellen der Demokratie (vgl. Lembcke/Ritzi/Schaal 2015) als auch von solchen wie sie in der normativen politischen Philosophie in Form von begründeten Konzeptionen von Demokratie ausgearbeitet werden (vgl. Lembcke/Ritzi/Schaal 2012). Im Unterschied zu einer Vielzahl empirischer Demokratietheorien geht es radikalen Demokratietheorien nämlich gerade nicht um den technokratischen Entwurf von operationalisierbaren Modellen der Demokratie, wie beispielsweise Claude Lefort in seiner Kritik von Politikwissenschaft und politischer Soziologie betont (vgl. Lefort 1990). Im Gegenteil verstehen radikale Demokratietheorien, indem sie Demokratie von der Möglichkeit radikaler Kritik her ausbuchstabieren, Demokratie als einen Modus der steten kritischen Infragestellung. Damit teilen sie zwar die kritische Dimension mit vielen normativen Demokratieverständnissen der politischen Philosophie. Anders als in diesen zielen aber die meisten radikaldemokratischen Ansätze gerade nicht auf eine Begründung normativer Konzeptionen, sondern darauf, Demokratie, wie Jacques Rancière unterstreicht¹, als eine radikale Möglichkeit der Dissensartikulation auszuzeichnen. Sowohl das grundlose, postessentialistische Kritikverständnis als auch die von ihm implizierte Vorstellung, Demokratie unter Rekurs auf diese Kritik als beständige Möglichkeit der Infragestellung institutioneller

1 Vgl. hierzu vor allem Rancières Kritik der politischen Philosophie (Rancière 2002).

Ordnungen und ihrer Rechtfertigung zu verstehen, müssen aber noch etwas genauer und unter Bezugnahme auf Autor*innen der radikalen Demokratietheorie ausgeleuchtet werden, um das Verhältnis von radikaler Demokratietheorie und Kritik angemessen verdeutlichen zu können (vgl. Flügel-Martinsen 2017).

Der grundlose, befragende Charakter der radikaldemokratischen Kritik ist eigentlich nur eine Implikation der weitreichenden Ungewissheits- und Kontingenzannahmen radikaldemokratischer Ansätze. Claude Lefort hat das demokratische Zeitalter als eines der Ungewissheit und der Kontingenz beschrieben (vgl. Lefort 1999) und damit zugleich behauptet, dass Demokratie gerade durch die umfassende Kontingenzerfahrung zur angemessenen Regierungsform wird: Weil wir nicht über feste epistemische und normative Gewissheiten verfügen, bietet es sich an, sich im demokratischen Streit darüber zu verständigen, welche Entscheidungen wir treffen und auf welche Weise wir die Welt einrichten, in der wir nicht nur leben, sondern die wir auf politischem Wege selbst hervorbringen. Demokratie ist damit ein Modus der kritischen Weltkonstitution, denn die Gestaltung von Welt wird, wenn sie demokratisch geschieht, in dem Sinne kritisch vollzogen, als gegebene Institutionen ebenso wenig wie Entscheidungen in ihnen oder über sie einfach nur hingenommen werden. Vielmehr steht es jeweils demokratisch zur Disposition, in welchem Modus zu verfahren ist und wer auf welche Weise entscheidet. Unsere soziale und politische Welt hat keine festen Gründe, auf die sie sich zurückführen ließe. Diese Überzeugung prägt auch die demokratietheoretischen Überlegungen Rancières, der ähnlich wie Lefort die Kontingenzerfahrung hervorhebt und aus dieser die Perspektive eines demokratischen Streits um die Einrichtung von Welt hervorhebt. Rancière betont dabei nicht allein das Fehlen eines festen Grundes, um den herum sich politische Gemeinschaften einrichten ließen, sondern ebenso wie Lefort weist er zudem auf die Bedeutung der Dissensartikulation für diese demokratische Weltkonstitution hin (vgl. Rancière 2002, 105–131). Diese Verknüpfung von Grundlosigkeit beziehungsweise Kontingenz auf der einen Seite und Dissensartikulation der demokratischen Kritik auf der anderen Seite ließe sich geradezu als ein Grundzug radikaldemokratischer Ansätze bezeichnen; neben den genannten Autoren ist diese Kombination beider Dimensionen auch prägend für Chantal Mouffes Überlegungen zu einer agonalen Demokratie (Mouffe 2014) oder Etienne Balibars Plädoyer für eine enge Beziehung zwischen Demokratie und Widerstand

(Balibar 2012). In allen diesen Ansätzen wird demnach eine starke Idee der Kritik entfaltet, die ihre Stärke aber gerade *nicht* starken Gründen oder Wahrheitsannahmen verdankt, auf die sie sich stützen würde. Im Gegenteil erwächst die Möglichkeit dieser radikaldemokratischen Kritik aus der Annahme, dass soziale und politische Ordnungen als kontingent und nicht als ontologisch, normativ oder epistemisch fest verdrahtet verstanden werden müssen. Radikal demokratisch ist diese Kritik deshalb auch in dem Sinne, dass sie den demokratischen Streit um die Einrichtung von Welt als den entscheidenden Artikulationsort der Kritik auszeichnet.

Dass die verschiedenen Ansätze Annahmen teilen, darf allerdings nicht zu der Annahme verleiten, sie seien identisch: Während beispielsweise Chantal Mouffes politische Theorie auf der These fußt, dass der Charakter des Politischen selbst ontologisch antagonistisch verfasst sei (vgl. Mouffe 2007, 15f.), fehlt eine solche weitreichende Annahme etwa in der politischen Philosophie Jacques Rancières, der die immer wieder aufscheinenden Dissensartikulationen nicht auf eine antagonistische Welt des Politischen, sondern auf die Partikularität aller Ordnungen zurückzuführen scheint. Ist so der Dissens bei Mouffe eine Konsequenz des antagonistischen Charakters des Politischen, ergibt er sich bei Rancière demgegenüber aus dem Umstand, dass jede der partikularen und kontingenten Ordnungen Teile ohne Anteil erzeugt, die gegen diese Ordnung und ihre Verfahrenen der Verteilung und der Zählung der Anteile opponiert (vgl. Rancière 2002, 41).

Der Modus der radikaldemokratischen Kritik unterscheidet sich durch seinen befragenden, skeptischen und damit tendenziell negativ verfahrenen Charakter deutlich von Kritikformen, wie sie in normativen Demokratietheorien etwa bei John Rawls (vgl. Rawls 2006) oder Jürgen Habermas auftauchen (Habermas 1994): Während diese nämlich zunächst normative Maßstäbe der Kritik zu begründen oder zu rekonstruieren suchen, verstehen radikale Demokratietheorien Kritik eher im Sinne einer kritischen, bestehende Normen- oder Institutionenordnungen in Frage stellenden Praxis. In vielen radikaldemokratischen Ansätzen – etwa bei Rancière, Lefort, Mouffe oder Ernesto Laclau – findet sich deshalb auch eine umfassende Kritik politischer Philosophie, die dieser gerade ihre Rechtfertigungsziele zum Vorwurf macht. Am deutlichsten hat das in jüngerer Zeit Raymond Geuss herausgearbeitet, der dem nach seiner Auffassung vor allem durch John Rawls' verkörperten Mainstream der Politischen Philosophie entgegenthält,

dass Kritik keineswegs konstruktiv sein müsse, ja dass die Insistenz auf der Begründung von Normen und das Konstruktivitätsgebot vielmehr zu Machtblindheit führen und Kritik den Stachel ziehen (vgl. Geuss 2011).

Die institutionen- und normenkritische Dimension radikaldemokratischer Kritik lässt sich abschließend durch einige Bemerkungen zum Verhältnis von Kritik auf der einen und der Unterscheidung von Politik und Politischem (beziehungsweise bei Rancière von Polizei und Politik (vgl. Rancière 2002, 33–54)) auf der anderen Seite verdeutlichen: Während unter dem Begriff der Politik (Rancière: Polizei) die institutionell und normativ sedimentierten Dimensionen der politischen Ordnung gefasst werden, adressiert der Begriff des Politischen diejenigen dynamischen Dimensionen, die diese Ordnungen überhaupt erst in die Welt bringen, wozu sie sich aber zunächst kritisch befragend gegen bestehende politische Ordnungen richten, indem sie beispielsweise deren Legitimität in Frage stellen. Das Politische markiert damit *per se* jene kritische Praxis eines über bestehende normative und institutionelle Verhältnisse Hinausdenkens und Hinausgehens. Hier kommt der radikaldemokratische Charakter dieser Kritik vermutlich am deutlichsten zum Ausdruck, denn die Befragungen des Politischen nehmen keine Gegebenheiten hin: Sie lassen sich, wie sich trotz aller Unterschiede die Überlegungen von Lefort, Mouffe, Balibar oder auch Rancière in dieser Hinsicht gemeinsam zusammenfassen lassen, als demokratische Interventionen gegen bestehende Ordnungen verstehen, indem sie deren Kontingenz aufweisen und damit Forderungen nach anderen Weisen der Bestimmung des *demos*, anderen Normen und Prinzipien oder auch anderen Verfahren erheben. Ein bekanntes Beispiel mag dies verdeutlichen: Der Kampf darum, das allgemeine Wahlrecht auch auf Frauen auszuweiten, wie er im Laufe des 20. Jahrhunderts gegen teils erhebliche Widerstände geführt wurde, verkörpert eine solche radikaldemokratische Forderung, die sich nicht im etablierten Register der politischen Ordnung austragen lässt. Hier wird radikal in Frage gestellt, wie das demokratische Volk gezählt wird, und dieser Kampf lässt sich gerade nicht innerhalb des bestehenden Institutionengefüges austragen, denn dieses enthält bis zur Einführung des Frauenwahlrechts Frauen ja gerade das Wahlrecht und damit die Möglichkeit der Partizipation an den auch bis dahin so genannten demokratischen Institutionen vor. Dieser radikaldemokratische Kampf ist daher auf eine Kritik angewiesen, die die Grundlosigkeit der bestehenden Ordnung

und ihrer Legitimationsfiguren herausstellt und die dafür im Modus des Politischen über die herrschende politische Ordnung hinausgehen muss. Treffend wird diese Form demokratischer Kritik daher durch Balibars Überlegungen charakterisiert, der darauf hinweist, dass die demokratische Gemeinschaft immer eine ist, die niemals endgültig bestehen kann, sondern die in ihren Konturen und Rechten erst erstritten werden muss. Wenn Balibar daher schreibt, »[d]ie demokratische Staatsbürgerschaft ist also konfliktgeladen oder sie ist nicht« (Balibar 2012, 236, Herv. i.O.), dann ließe sich das variieren, um die kritische Perspektive radikaler Demokratietheorie auf den Punkt zu bringen: *Demokratie ist kritisch oder sie ist nicht*. Damit verbindet sich im Grunde die These, dass alle Demokratie im kritischen Sinne radikal sein muss.

Literatur

- Balibar, Etienne 2012, Schluss: Widerstand Aufstand Ungehorsam, in: ders., Gleichfreiheit. Politische Essays, Berlin, 225–253.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2017, Befragungen des Politischen. Subjekt-konstitution – Gesellschaftsordnung – radikale Demokratie, Wiesbaden.
- Geuss, Raymond 2011, Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift, Hamburg.
- Habermas, Jürgen 1994, Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M.
- Lefort, Claude 1990, Die Frage der Demokratie, in: Rödel, Ulrich (Hg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a.M., 281–297.
- Lefort, Claude 1999, Fortdauer des Theologisch-Politischen, Wien.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hg.) 2012, Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien, Wiesbaden.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hg.) 2015, Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden.
- Mouffe, Chantal 2007, Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal 2014, Agonistik. Die Welt politisch denken, Berlin.

Rancière, Jacques 2002, Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a.M.

Rawls, John 2006, Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Frankfurt a.M.